

Stromarmut trifft auf Reichtum an Natur

Bangladesch leidet unterm Klimawandel, braucht aber dringend Strom und setzt auf Kohle - mithilfe deutscher Firmen. Ein geplantes Kraftwerk bedroht die weltweit größten Mangrovenwälder

Von **Shammi Haque**

Die Sundarbans - auf Bengalisch "schöne Wälder" - sind die weltweit größten Mangrovenwälder. Auf 10.000 Quadratkilometern erstreckt sich das Unesco-Weltkulturerbe mit einzigartigen Bäumen, den Sundori, und einer reichen Tierwelt mit Tigern, Krokodilen und etwa 250 Vogelarten. Ausgerechnet hier, am Rande der Wälder, baut die Regierung von Bangladesch ein Kohlekraftwerk zur Stromerzeugung. Ausgerechnet Bangladesch, das oft als prominentes Opfer des Klimawandels gilt, plant großflächig neue Kraftwerke mit hohem CO₂-Ausstoß: Im nächsten Jahrzehnt soll der Anteil der Kohle am Strommix nach den Plänen der Regierung von jetzt 5 auf 50 Prozent verzehnfacht werden.

Bangladesch braucht dringend Strom. Bisher sind nur 77 Prozent des Landes mit wachsender Bevölkerung und wachsender Wirtschaft mit Elektrizität versorgt. Das Kraftwerk im Bezirk Rampal, mit 170.000 Einwohnern, wird groß geplant: Auf einer Fläche von knapp 8 Quadratkilometern sollen für 1,6 Milliarden Dollar Turbinen mit einer Gesamtleistung von 1.300 Megawatt entstehen. Vorangetrieben wird das Projekt von der indischen Exim-Bank, an der auch die Deutsche Bank beteiligt ist. Jährlich 472.000 Tonnen Kohle würden dann per Schiff über den Pashur-Fluss durch die Sundarbans transportiert werden, monieren Kritiker.

Das neue Kraftwerk bedroht den Lebensunterhalt von über zwei Millionen Einwohnern in der Region, die von den natürlichen Ressourcen der Sundarbans, Fisch und Honig, abhängig sind. Deshalb regt sich im Land Protest. "Es gibt viele Möglichkeiten, Strom zu erzeugen", sagt Anu Muhammad, Professor für Ökonomie an der Jahangirnagar-Universität von Savar, nahe der Hauptstadt Dhaka, "aber für die Sundarbans gibt es keine Alternative." Muhammad, auch ein bekannter Klimaaktivist und Buchautor, war vor Kurzem zu Besuch in Deutschland, um die bengalische Klimabewegung bekannt zu machen. An der drohenden Umweltzerstörung in dem einzigartigen Ökosystem gibt er Deutschland eine Mitschuld, weil deutsche Firmen beteiligt sind.

Anu Muhammad sitzt in einem Café in Berlin, er trägt eine blaue Jeans und ein graues kragenloses Hemd, die Khurta, und redet in seiner Muttersprache Bangla: "Auch Deutschland trägt Verantwortung, wenn die Sundarbans zerstört werden." Neben der Deutschen Bank ist das Unternehmen Fichtner bei Stuttgart als leitendes Ingenieurbüro an dem Projekt beteiligt. Beide Unternehmen wollen sich auf Anfrage der taz nicht zu dem Thema äußern. Die Deutsche Bank belässt es bei allgemeinen Verweisen zu den Klimaschutzaktivitäten des Unternehmens. Für den Klimaaktivisten Anu Muhammad tut die deutsche Regierung zu wenig. "Wenn sie keine rechtlichen Möglichkeiten hat, solche Projekte zu stoppen, sollte sie dringend ein entsprechendes System entwickeln", fordert er.

Bangladesch ist nur halb so groß wie Deutschland, hat aber 160 Millionen Einwohner. Zugang zu sauberem Trinkwasser und Strom sind für viele keine Selbstverständlichkeit. Umweltschutz ist ein von vielen ignoriertes Thema. Anu Muhammad hat vor acht Jahren ein nationales Forum für Umweltschutz initiiert (National Committee to protect oil, gas and mineral resources, power and ports, NCBP), in dem Wissenschaftler, Aktivisten, Politiker und Bürger zusammenkommen. Seither ist das Leben des 63-Jährigen schwierig geworden, dreimal wurde er bereits verhaftet.

2010 hatte er erfahren, dass in Rampal ein Kohlekraftwerk entstehen soll. Als Muhammad mit seinem Team dorthin fuhr, fanden sie ein großes Plakat vor, auf dem auf Bangla stand: 'Hier baut die bengalische Armee ein Kohlekraftwerk'. "Das war eine deutliche Drohung", erinnert sich Muhammad. "Sie haben 'Armee' geschrieben, weil die lokale Bevölkerung vor ihr Angst hat. Die Verantwortlichen waren schlau."

Das Rampal-Kraftwerk entsteht in einem hitzigen politischen Klima. Die autoritäre Herrschaft der Regierungspartei von Ministerpräsidentin Sheikh Hasina Wajed wird von Menschenrechtsgruppen scharf kritisiert. Es herrsche "harte Verfolgung aller Andersdenken oder Kritiker", schreibt Human Rights Watch. Amnesty International beklagt, "die Regierung unterdrückt mit repressiven Gesetzen die Meinungs- und Pressefreiheit" und schränke die Versammlungsfreiheit ein. Trotzdem ist Bangladesch mit einem Rekordhoch von fast 8 Prozent Wirtschaftswachstum im Jahr 2018 eine der am schnellsten sich entwickelnden Volkswirtschaften der Welt.

"Ist wirtschaftliche Entwicklung schädlich für die Umwelt?", fragt Muhammad im Café in Berlin rhetorisch und antwortet mit einer Gegenfrage: "Müssen wir die Umwelt und öffentlichen Rechte opfern, um das dringend benötigte Wachstum zu erreichen? Nein."

Diesen Fragen begegnet Muhammad auch in seiner Heimat immer wieder: "Gibt es eine Alternative zum Kraftwerk? Wie bekommen wir sonst Strom?" **Solarenergie** könnte auch im sonnigen Bangladesch die Lösung sein, glaubt Muhammad. "Aber die Regierung verhält sich still und macht einfach weiter", sagt er verärgert.

Für Mohammad Tamim, Professor für Ingenieurwissenschaften an der Brac-Universität in Dhaka, ist die Situation komplizierter. "Nach dem derzeitigen Stand der Technik würden **erneuerbare Energieträger** angesichts der Landknappheit und der Verknappung der Windressourcen maximal 10 Prozent unseres Strombedarfs decken. Wir müssten also zusätzlich Strom importieren oder ihn aus Gas produzieren." Auch für Tamim ist Kohle ein schmutziger Brennstoff: "Das ist nicht zu leugnen. Aber wenn die Regierung alle versprochenen Maßnahmen ergreift, wird die Umweltverschmutzung äußerst gering sein. In diesem Fall glaube ich nicht, dass die Sundarbans davon Schaden nehmen." Aber würde die Regierung die Maßnahmen auch umsetzen und überwachen? "Das ist eine Eine-Million-Dollar-Frage", sagt Tamim.

Eine Anfrage der taz an das **Energieministerium** in Bangladesch hierzu blieb unbeantwortet. Die Grünen-Abgeordnete und Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Claudia Roth, reiste mit ihrem Team im Februar 2019 nach Bangladesch. Schwerpunkte ihrer Reise waren die Klimakrise, internationale Verantwortung sowie klimabedingte Migration und Flucht. "Das Projekt wird (?) in der Zivilgesellschaft von Bangladesch sehr kritisch gesehen", schreibt sie und schlussfolgert: "Es ist eine Frage historischer Klimagerechtigkeit, dass wir in den Industriestaaten nicht weiter den Kopf in den Sand stecken, sondern Verantwortung übernehmen."

Mohammad ist zurück in Bangladesch. Seine Kritik an dem geplanten Kraftwerk wird dort nicht gerne gehört. Die von Roth beschworene Zivilgesellschaft ringt mit der Umweltfrage. Die Bauarbeiten in Rampal gehen weiter.

Shammi Haque, Journalistin aus Bangladesch, lebt zurzeit in Deutschland. Von 2013 bis 2015 war sie in der Bürgerbewegung gegen Rampal aktiv.

taz klima

Katzen sind wasserscheu? Dieser bengalische Tiger eher nicht Parth Sanyal/reuters

Shammi Haque


Quelle: taz.die tageszeitung vom 05.12.2019, Seite 9

Dokumentnummer: T20190512.5647219

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/TAZ_dd25ebaa042e63e331988afeae7f161bc83896af

Alle Rechte vorbehalten: (c) taz, die tageszeitung Verlagsgenossenschaft e.G.

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH